Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

dass wir bislang unseren engen Zeitplan für den parlamentarischen Abstimmungsprozess zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes halten konnten, ist keine Selbstverständlichkeit. Allen Beteiligten möchte ich dafür meinen herzlichen Dank aussprechen.

Was mir persönlich sehr wichtig ist: Wir werden gemeinsam Kurs halten und unseren Plan verwirklichen, die Energiewende kosteneffizienter, systematischer und berechenbarer umzusetzen. Mit der Reform schaffen wir einen verlässlichen und ambitionierten Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien, wir machen außerdem wichtige Schritte hin zur Markt- und Systemintegration; und vor allem sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und insbesondere unsere industriellen Arbeitsplätze.

Ein wichtiges Ziel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist der Klimaschutz. Deutschland ist Vorreiter auf diesem Feld und die Bundesregierung setzt sich weiter für eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen ein. Der Umbau der Stromversorgung hin zu erneuerbaren Energien wird den heutigen nationalen Energiemix deutlich verändern. Der Anteil fossiler Energieträger und damit der CO2-Emissionen wird dadurch immer stärker sinken. Auch davon hängt der Erfolg der Energiewende ab.

Für mich gilt: Nur wenn wir zeigen, dass industrieller Erfolg, die Sicherung der Arbeitsplätze, Klimaschutz und Energiewende zusammenpassen, können wir auf die Zustimmung der Menschen zählen. Und nur dann taugen wir als internationales Vorbild.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir die weiteren parlamentarischen Beratungen in diesem Sinne erfolgreich fortführen, damit das Gesetz zum 1. August 2014 in Kraft treten kann.
Ihr
Sigmar Gabriel

Fracking: Strenge Umweltauflagen geplant

Die Bundesregierung plant entsprechend der Festlegungen im Koalitionsvertrag die gesetzlichen Anforderungen von Fracking deutlich zu verschärfen. Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang.

© Fotolia.com / luchshen

Umwelttoxische Substanzen dürfen beim Fracking nicht zur Anwendung kommen. Gerade die Risiken des sogenannten „unkonventionellen“ Frackings, insbesondere bei der Schiefergasförderung, sind zurzeit nicht abschätzbar. Eine kommerzielle Nutzung dieser Technologie kommt vor diesem Hintergrund bis auf Weiteres nicht in Betracht.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erarbeiten derzeit gemeinsam Referentenentwürfe zu den entsprechenden Regelungen. Dabei handelt es sich um die Änderung der „Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben“ (Federführung Bundeswirtschaftsministerium) sowie Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (Federführung Bundesumweltministerium).

Die Arbeit an den Referentenentwürfen soll bald abgeschlossen werden. Daran schließt sich die Beteiligung der Länder und der Verbände an. Eine Kabinettsbefassung soll zeitnah – spätestens nach der Sommerpause – erfolgen. Im Vordergrund steht, dass die Regelungen sorgfältig erarbeitet werden, nicht die Geschwindigkeit.

WEITERE INFOS

Mehr über Fracking erfahren Sie hier http://bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/gewinnung-heimischer-rohstoffe,did=591736.html

Staatssekretär Beckmeyer: Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Energiepolitik stärken

Gemeinsam das Energiesystem von morgen gestalten: Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie- und Energiebranchen, Politik und Verbänden tauschten sich auf der 2. Deutsch-Französischen Energiekonferenz in Berlin über die Zusammenarbeit beim Umbau ihrer Energiesysteme aus.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, warb in seiner Rede am 4. Juni für eine verstärkte Zusammenarbeit in der Energiepolitik. "Deutschland will die Energiewende nicht im Alleingang umsetzen. Wir brauchen eine enge Abstimmung mit unseren europäischen Partnern und vor allem mit unserem Nachbarland Frankreich." Eine erfolgreiche Energiewende könne dazu beitragen, Europa in neuen Technologiefeldern international wettbewerbsfähig zu machen. "Zudem leistet sie einen Beitrag zu mehr Klimaschutz und einer bezahlbaren, sicheren Energieversorgung", betonte Staatssekretär Beckmeyer.

Im Mittelpunkt der Energiekonferenz standen Fördermechanismen für erneuerbare Energien, aber auch Themen wie eine verstärkte Kooperation beim grenzüberschreitenden Netzausbau sowie Speicherlösungen bei der Integration der erneuerbaren Energien in das Stromversorgungssystem.

Deutschland und Frankreich haben auf der Ministerkonferenz im Februar 2014 vereinbart, ihre Zusammenarbeit insbesondere im Energiebereich weiter zu stärken. "Beide Länder haben das Ziel, ihren Energieverbrauch deutlich zu reduzieren. Auch hier arbeiten wir eng zusammen", sagte Staatssekretär Beckmeyer. Auch in der laufenden Diskussion zum europäischen "Klima- und Energierahmen 2030" sei es wichtig, rasch zu einer Einigung zu kommen.

MEHR ERFAHREN

Hier erfahren Sie mehr über die 2. Deutsch-französische Energiekonferenz:
http://www.efa-conference.com/
Informationen zu den europäischen Energie- und Klimazielen für 2030 können Sie hier abrufen.
http://ec.europa.eu/energy/2030_de.htm

Bild: © istockphoto.com / c8501089

"Bedeuten mehr Speicher weniger Netzausbau?"

Zu dieser Frage äußern sich Prof. Dr. Eicke R. Weber, Präsident des Bundesverbands Energiespeicher (BVES) und Prof. Dr.-Ing. Christian Rehtanz, Leiter des Instituts für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft an der TU Dortmund.

Prof. Dr. Eicke R. Weber

Präsident des Bundesverbands Energiespeicher (BVES):

"Die Energiewende führt dazu, dass bereits heute regenerative Energie nicht immer dort bereitgestellt wird, wo sie – und vor allem wenn sie – auch gebraucht wird. Im windstarken Norden Deutschlands zum einen, im sonnenreichen Süden zum anderen. Doch selbst ein maximaler Netzausbau, die viel zitierte Kupferplatte, kann ein grundsätzliches Problem nicht lösen: die Volatilität von Wind- und Sonnenenergie. Speicher dagegen helfen, Strom aus Erneuerbaren klimafreundlich und vor allem bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Da Netze Strom unabhängig vom eigentlichen Bedarf transportieren, müssen heute Windparks bei Überschüssen immer häufiger abgeregelt werden, um das Netz stabil zu halten. Der nicht-eingespeiste Strom wird trotzdem nach EEG-Einspeiseverordnung vergütet. Speicher hingegen können Überschüsse auffangen und bei Bedarf wieder ins Netz zurückspeisen. Dezentrale Speicher bei privaten oder industriellen Stromkunden helfen den Eigenverbrauch des selbst hergestellten Stroms beträchtlich zu erhöhen, und so die Inanspruchnahme von Einspeisetarifen zu reduzieren. Zudem können sie mithilfe z.B. der Elektrolyse Wasserstoff zur Verfügung stellen oder durch Wärmepumpen erzeugte Nutzwärme speichern und damit weitere Verwendungsfelder für den regenerativen Strom öffnen. Dieser kann langfristig in großen Mengen gespeichert werden. Somit gleichen sie die zeitlichen und räumlichen Unterschiede zwischen Erzeugung und Verbrauch aus und fangen die Lastschwankungen im Netz auf, die durch die zunehmende Einspeisung von volatilen Energien entstehen. Damit leisten sie nicht nur einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität der bestehenden Netze, sondern gewährleisten auch die Versorgungssicherheit für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Integration von erneuerbarem Strom in das Netz oder die Sektoren Wärme und Verkehr.

Im Zuge der Energiewende tragen Speichertechnologien dazu bei, erneuerbare Energien zu einer gesicherten und grundlastartigen Leistung aufzuwerten. Dies fördert nicht zuletzt die Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende, da damit das Hauptproblem der Erneuerbaren, die fluktuierende Einspeisung und die damit verbundenen Systemkosten, signifikant reduziert werden. Statt ausschließlich auf zusätzliche Netzkapazitäten zu setzen, sollte der Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Ausbau von Speichern einhergehen. Denn mittel- und langfristig betrachtet sind sie eine sehr effiziente Option, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten und wesentlich zur Reduktion der CO2-Emissionen beizutragen. Die sinnvolle Nutzung der bestehenden und der zusätzliche Aufbau weiterer Speichertechnologien ist neben dem Netzausbau ein komplementäres Element einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende."

Bild: © BVES

Prof. Dr.-Ing. Christian Rehtanz

Leiter des Instituts für Energiesysteme, Energieeffizienz und Energiewirtschaft an der TU Dortmund:

"Das Stromnetz ist der Marktplatz der Elektrizitätsversorgung: Hier müssen alle Teilnehmer möglichst frei handeln können. Der Netzbetreiber kann nur in außergewöhnlichen und unvorhergesehenen Situationen in den Markt eingreifen. Speicher sind genauso wie Stromerzeuger ein Teilnehmer auf diesem Markt. Wie sie sich verhalten, also wann sie Leistung abgeben oder aufnehmen, ist für den Netzbetreiber kaum vorhersehbar. Ob Speicher netzfreundlich oder netzschädlich sind, das heißt zu mehr oder weniger Netzausbau führen, hängt aber von diesem Verhalten und damit von den zu erwartenden Marktsituationen ab. In jedem Fall und auf jeder Netzebene gilt, dass das Netz zwei Extremsituationen sicher beherrschen muss: die maximal erwartete Lastsituation sowie die maximal erwartete Rückspeisesituation.

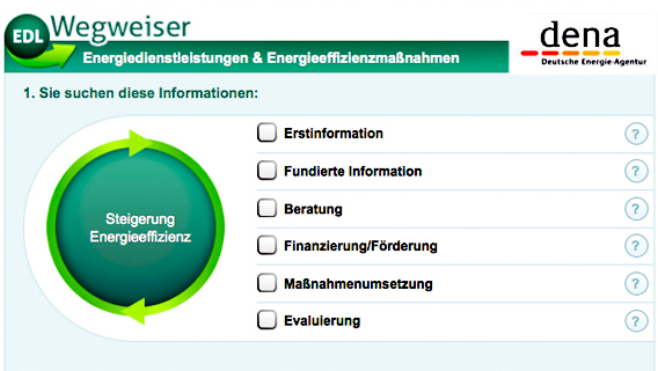
Warum das so ist, zeigt sich, wenn man beispielhaft auf unterster Netzebene das Verhalten der Speicher betrachtet, die in Zusammenhang mit Photovoltaikanlagen zur Eigenbedarfsdeckung eingesetzt werden. Wenn ein derartiger Speicher in den Morgenstunden vollständig aufgeladen wird, kann zur Mittagszeit die maximale Photovoltaikleistung ins Netz abgegeben werden. Dafür muss das Netz ausgelegt sein. Genauso kann es im Winter und bei fehlendem Sonnenschein passieren, dass Speicher durch die Photovoltaik nicht geladen werden, sie aber Überkapazitäten aus Windenergie aufnehmen, da diese am Markt sehr günstig zu beziehen ist. Zur "normalen" Netzlast würde also noch die Lastleistung der aufladenden Speicher kommen. Das Netz müsste gegenüber dem Normalfall gegebenenfalls sogar verstärkt werden. Diese Betrachtung gilt letztendlich analog auf allen Netzebenen.

Auch wenn diese Situationen nur selten auftreten, so müssten sie als Extremsituationen bei der Netzauslegung berücksichtigt werden. Das gilt zumindest solange, wie Netzbetreiber keine Eingriffsmöglichkeiten haben, den Speicherbetrieb netzfreundlich zu beeinflussen. Zudem muss gesagt werden, dass in den allermeisten Fällen ein Netzausbau bei weitem wirtschaftlicher ist als die spezielle Errichtung von Speichern. Zusammengefasst kann somit festgehalten werden, dass Speicher, cum grano salis, den Netzausbau nicht reduzieren."

Bild: © TU Dortmund

Energieeffizienz: Neuer Online-Wegweiser hilft bei der Orientierung

Wer hilft weiter, wenn es ums Energiesparen geht? Antworten für Anfänger und Kontakte für Profis liefert die Deutsche Energie-Agentur (dena) mit einem neuen Wegweiser im Internet.



Die Angebote und Kontakte rund ums Energiesparen sind so vielfältig wie die Fragen dazu. Wie kann ich zuhause Energie sparen? Wer fördert Investitionen in eine energieeffiziente Produktionsanlage? Und wo finde ich den richtigen Dienstleister für die energetische Sanierung? Mit dem neuen EDL-Wegweiser navigieren Privatpersonen, Firmen, Behörden, Experten und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen direkt zu den Informationen und Angeboten, die zu ihnen passen. Die Abkürzung „EDL“ steht dabei für das Thema der Plattform: Energiedienstleistungen und Energieeffizienz. Der Online-Wegweiser basiert auf einer neu entwickelten Datenbank, die bundesweite Anlaufstellen aus den Bereichen Strom, Wärme, Gebäude und Verkehr sammelt.

Die dena unterstützt das Bundeswirtschaftsministerium unter anderem dabei, die „Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen" der Europäischen Union in Deutschland umzusetzen. Ein Teil dessen ist die Kommunikationsplattform www.energieeffizienz-online.info, auf der auch der neue Online-Wegweiser zu finden ist.

Hier geht es direkt zum EDL-Wegweiser: http://www.energieeffizienz-online.info/weiterfuehrende-informationen/edl-wegweiser.html

WEITERE INFOS

Erfahren Sie hier, wie sich das BMWi für Energieeffizienz in Deutschland stark macht:
http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/energieeffizienz-und-energiesparen.html

Bild: © Screenshot dena

Mitreden beim Netzausbau: Stellungnahmen veröffentlicht

Am 28. Mai 2014 endeten die Konsultationen zu den Netzentwicklungsplänen Strom und Offshore 2014. Nun werden die Stellungnahmen veröffentlicht.

Damit die Energiewende gelingt, braucht Deutschland neue Stromnetze – darüber sind sich die meisten einig. Nur nicht immer bei der Frage, wo die Leitungen verlaufen. Deswegen kann die Öffentlichkeit mitreden, wenn es um die Pläne für neue Höchstspannungsleitungen an Land und im Meer geht. Bis 28. Mai 2014 liefen die Konsultationen zu den ersten Entwürfen des Netzentwicklungsplans Strom 2014 und des Offshore-Netzentwicklungsplans 2014. Aktuell werden die Stellungnahmen ausgewertet und, wenn die Zustimmung dafür vorliegt, im Internet veröffentlicht.

Konkret geht es um die ersten Entwürfe des so genannten Netzentwicklungsplans (NEP) und des Offshore-Netzentwicklungsplans (O-NEP) 2014. Darin fassen die vier Übertragungsnetzbetreiber jedes Jahr zusammen, wo sie für die nächsten zehn Jahre neue Leitungen planen, um die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten. Die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger und von Vertretern aus Politik, Gemeinden, Behörden, Unternehmen und der Wissenschaft fließen gleichermaßen in diese Planungen ein. Die überarbeiteten Pläne werden anschließend in einem zweiten Entwurf an die Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Prüfung und Bestätigung übergeben.

Die Ausformulierung der Netzentwicklungspläne ist der zweite von insgesamt fünf Schritten für den Netzausbau in Deutschland. Über den gesamten Ablauf des Verfahrens informiert die BnetzA auf ihrer Internetpräsenz www.netzausbau.de. Seit vergangener Woche ist ein Erklärfilm über Schritt vier online: zur so genannten Bundesfachplanung.

WEITERE INFOS:

Hier geht es zu den Stellungnahmen des NEP und O-NEP 2014:
http://www.netzentwicklungsplan.de/stellungnahmen-2014

Das Video der BnetzA finden Sie hier: http://www.youtube.com/watch?v=OzVHT7iPGrc

Zur Netzausbauplattform der Bundesnetzagentur: http://www.netzausbau.de

Zur Netzausbauplattform der Übertragungsnetzbetreiber: http://www.netzentwicklungsplan.de

Bild: © Screenshot Bundesnetzagentur

Neue Klimaschutz-Unternehmen gesucht: Bewerbung bis 15. Oktober möglich

Unternehmen mit überdurchschnittlichen energietechnischen Standards bei Produktionsprozessen, Produkten und Dienstleistungen können sich um eine Mitgliedschaft im Verein "Klimaschutz-Unternehmen. Die Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der Deutschen Wirtschaft e.V." bewerben.

Alle Mitglieder des Vereins stehen für herausragende Klimaschutz- und Energieeffizienzleistungen. Als Initiatoren würdigen das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), das Bundesumweltministerium (BMUB) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit der Mitgliedschaftsurkunde die Klimaschutz-Unternehmen als Vorbilder, die Klimaschutz und Energieeffizienz zur unternehmerischen Erfolgsgeschichte machen.

Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Verein der Klimaschutz-Unternehmen ist eine positive Entscheidung des Vereinsbeirats, dem auch die Initiatoren angehören. Grundlage der Beiratsentscheidung ist eine intensive Prüfung und eine externe Begutachtung der Leistungen des Unternehmens in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz. Die Begutachtung wird als Teil des Projekts "Mittelstandsinitiative Energiewende" von der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums finanziert, um so die Qualität des Netzwerks sicherzustellen.

Mitmachen können Unternehmen, die sich auszeichnen durch:

- ambitionierte Klimaschutz- und Energieeffizienzziele,
- herausragende Beispiele energieeffizienter Produktionsverfahren und unternehmensinterner Prozesse sowie
- nachhaltige Geschäftsmodelle für innovative Produkte und Dienstleistungen, die Energieeffizienz- und Klimaschutzziele unterstützen.

Weitere Informationen zur Vereinsmitgliedschaft und zum Bewerbungsverfahren finden Sie hier: http://bewerben.klimaschutz-unternehmen.de.

Bild: © BMWi / Vonderlind

Renewables Global Status Report: Erneuerbare Energien gewinnen weltweit an Bedeutung

Mehr als 22 Prozent der weltweiten Stromproduktion werden inzwischen aus erneuerbaren Energien gewonnen. Das geht aus einem Forschungsbericht hervor, der in der vergangenen Woche *veröffentlicht wurde.*

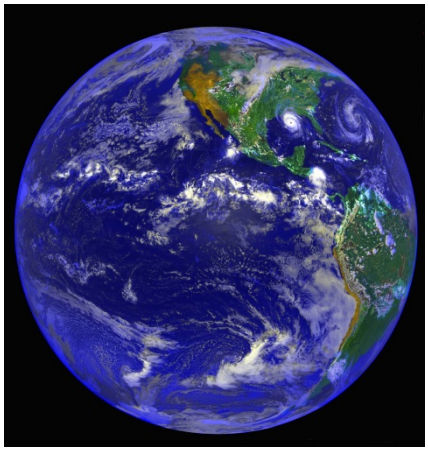
Bild: © BMWi / Quelle für die Zahlen: Renewables Global Status Report (2014)

Der Anteil der erneuerbaren Energien steigt weltweit. Insgesamt werden heute mehr als 22 Prozent der weltweiten Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gewonnen. Dieser Trend spiegelt sich auch beim Endenergieverbrauch wider: Inzwischen werden 19 Prozent – also fast ein Fünftel – der weltweit genutzten Energie aus regenerativen Quellen gewonnen. Auch in Bezug auf die Neuinstallationen erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten war 2013 ein Rekordjahr. Weltweit wurden 120 Gigawatt und damit 8,3 Prozent mehr als im Jahr 2012 hinzugebaut. Damit entfiel mehr als die Hälfte aller neu installierten Kapazitäten auf die Erneuerbaren.

Diese und weitere Zahlen und Fakten gehen aus dem Renewables Global Status Report des Renewable Energy Network for the 21st Century (REN21) und des UNEP-Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance hervor, den Sie hier in englischer Sprache abrufen können: http://www.ren21.net/REN21Activities/GlobalStatusReport.aspx

Internationaler Klimaschutz: Auftakt zur UN-Klimakonferenz in Bonn

In Bonn steht in diesen Tagen der internationale Klimaschutz ganz oben auf der Agenda: Seit dem 5. Juni finden dort Verhandlungen für ein umfassendes Klimaabkommen und die 40. Sitzung der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention statt.



Rund 1.000 Delegierte aus aller Welt werden bei der Veranstaltung erwartet. Deutschland wird unter anderem durch Bundesumweltministerin Barbara Hendricks vertreten. Die Gespräche sind eine Vorbereitung auf den Weltklimagipfel in der peruanischen Hauptstadt Lima im Dezember.

Mit Blick auf den weltweiten Klimaschutz hat diese Woche eine Meldung für Schlagzeilen gesorgt: Das von US-Präsident Barack Obama geplante Klimaschutzprogramm, der "Clean Power Plan" der Environmental Protection Agency (EPA), gilt als wichtiges klimapolitisches Signal. Das US-Klimaschutzprogramm hat das Ziel, die CO2-Emissionen des Stromsektors bis 2030 um 30 Prozent gegenüber 2005 zu reduzieren. Die USA übernehmen damit erstmals eine absolute Minderungsverpflichtung. Die Bundesstaaten können dabei selbst bestimmen, wie sie die CO2-Intensität ihrer jeweiligen Stromerzeugung verringern wollen und ob sie etwa auf Effizienzmaßnahmen, die stärkere Nutzung von Erdgas statt Kohle, Erneuerbare Energien oder Kernkraft, den Emissionshandel oder eine CO2-Steuer setzen.

Unterdessen gewinnen erneuerbare Energien weltweit an Bedeutung, wie der in der vergangenen Woche veröffentlichte "Renewables Global Status Report" zeigt. Demnach stammen mittlerweile mehr als 22 Prozent des Stroms weltweit aus erneuerbaren Energien (siehe auch unsere Infografik).

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel: "Die erneuerbaren Energien sind weltweit auf dem Vormarsch. Deutschland gehört dabei zur Spitzengruppe der Länder mit dem höchsten jährlichen Zuwachs des erneuerbaren Anteils an den Stromerzeugungskapazitäten. Unser Land nimmt in diesem Bereich auch bei den Investitionen einen Spitzenplatz ein. Viele Länder haben erneuerbare Energien mittlerweile fest in ihrer Energiepolitik verankert. Das stärkt auch die Exportchancen deutscher Unternehmen, die bei zahlreichen Energietechnologien weltweit führend sind. Die Herausforderungen der deutschen Energiewende stellen sich ganz ähnlich auch in vielen anderen Ländern."

WEITERE INFOS

Hier finden Sie das Hintergrundpapier „Fortsetzung der Verhandlungen eines Klimaschutzabkommens und Nebenorgantagung SB 40“: http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/klima-klimaschutz-download/artikel/zur-fortsetzung-der-verhandlungen-eines-klimaschutzabkommens/?tx_ttnews%5BbackPid%5D=175

Zur UN.Klimakonferenz in Bonn: http://unfccc.int/2860.php

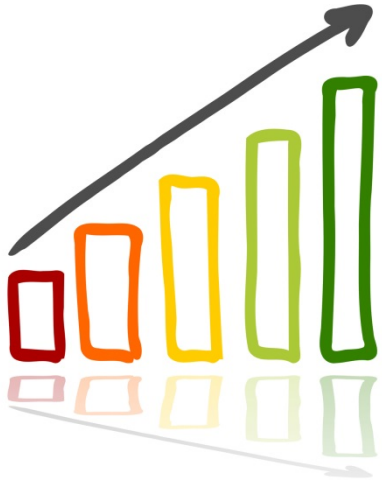
Mehr über die Exportinitiative „Erneuerbare Energien“ können Sie hier abrufen: http://www.export-erneuerbare.de

Die Exportinitiative Energieeffizienz stellt sich hier vor: http://www.efficiency-from-germany.de

Bild: © colourbox.com

Energieeffizienzrichtlinie: Umsetzungsmitteilung an die EU-Kommission

Im Dezember 2012 ist die EU-Energieeffizienzrichtlinie in Kraft getreten, die den Rahmen für Energieeffizienzmaßnahmen der Mitgliedsstaaten vorgibt. Die Frist zur Umsetzung in die nationale Gesetzgebung ist am 5. Juni 2014 abgelaufen. Die Bundesregierung hat fristgerecht eine Umsetzungsmitteilung an die Europäische Kommission übermittelt.



In ihrer Mitteilung meldet die Bundesregierung die teilweise Umsetzung der Richtlinie und kündigt eine Nachmeldung noch ausstehender Aspekte an.
Artikel 7 gilt als Kernvorschrift der Energieeffizienzrichtlinie. Die Mitgliedsstaaten sind demnach verpflichtet, ab 2014 bis 2020 jährlich 1,5 Prozent der Endenergie einzusparen. Auf Grundlage aktueller Daten hat die Bundesregierung in der vergangenen Woche ein kumuliertes Einsparziel von 1.758 Petajoule (PJ) für den Zeitraum bis 2020 gemeldet.

Ein weiterer Bestandteil der Meldung ist die Angabe, welchen Einspareffekt bereits eingeführte Energieeffizienzmaßnahmen haben. Die Höhe der auf das Einsparziel anrechenbaren Einsparungen wurde mit 1.476 PJ beziffert.

Für die Schließung der noch verbleibenden Lücke wird der im Koalitionsvertrag angekündigte Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) zentral sein. Der NAPE wird derzeit ausgearbeitet und soll in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden. Die Bundesregierung hat eine finale Meldung zur Umsetzung von Artikel 7 der Energieeffizienzrichtlinie angekündigt, wenn mit dem NAPE über die Weiterentwicklung und Verstärkung von Effizienz-Maßnahmen entschieden worden ist. Auch die Energieeffizienzmaßnahmen der Länder sind in der aktuellen Meldung noch nicht vollständig erfasst, da der Monitoring-Prozess andauert.

Weiterführende Informationen:

Mehr Informationen über die EU-Energieeffizienzrichtlinie finden Sie auf den Seiten der EU-Kommission: http://ec.europa.eu/energy/efficiency/eed/eed_de.htm

Erfahren Sie hier, wie sich das BMWi für Energieeffizienz in Deutschland stark macht: http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/energieeffizienz-und-energiesparen.html

Bild: © Fotolia.com / JiSign

Zitat der Woche

Maria van der Hoeven, Executive Director der Internationalen Energieagentur (IEA):

"Viele unserer Hoffnungen und Sorgen über die Zukunft des globalen Energiesystems lassen sich auf Fragen nach Investitionen reduzieren. Werden Politik und Markt genug Investitionsmöglichkeiten schaffen – in den Regionen und den Segmenten, in denen sie gebraucht werden? Wird ausreichend Finanzierung vorhanden sein, so dass Investoren diese Möglichkeiten auch nutzen können? Und wird es der Politik gelingen, die Investitionen hin zu einem saubereren und sichereren Energiesystem zu lenken? Der gesamte Investitionsbedarf im Energiesektor ist immens: mehr als 40 Billionen US-Dollar müssen bis in das Jahr 2035 in die Energieversorgung investiert werden, sowie weitere 8 Billionen US-Dollar in Energieeffizienz."

Bild: © IEA

Pressestimmen

Die Energiewende und die aktuelle Reform des EEG sind weiter große Themen in den Medien. In unserer Rubrik „Pressestimmen“ haben wir für Sie einige interessante Artikel dazu ausgewählt.

Welt online, 11.06.2014: Jetzt soll die Energiewende sexy werden
Welt online meint, dass die Energiewende ins Stocken geraten sei und sieht deutlichen Handlungsbedarf im Bereich Energieeffizienz.
http://www.welt.de/print/die_welt/article128931293/Jetzt-soll-die-Energiewende-sexy-werden.html

F.A.Z. online, 04.06.2014: Träume von der Riesenbatterie
Unterirdische Pumpspeicherkraftwerke könnten eine Alternative zu konventionellen Pumpspeichern darstellen, hofft das Unternehmen Gravity Power GmbH. Die bayerische Gemeinde Kochel am See hat Interesse an dem Projekt bekundet, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung, und stellt das Modell vor.
http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/neue-technologie-fuer-energiespeicher-traeume-von-der-riesenbatterie-12970596.html

Tagesspiegel online, 04.06.2014: Konzession für "Berlin Energie" – sagt Nußbaum
Die Berliner GASAG AG droht das Berliner Gasnetz zu verlieren. Bei der Neuvergabe der Konzessionen könnte stattdessen das landeseigene Unternehmen "Berlin Energie" zum Zug kommen, meldet der Berliner

Tagesspiegel.
http://www.tagesspiegel.de/berlin/gasnetz-berlin-konzession-fuer-berlin-energie-sagt-nussbaum/9984268.html

Deutschlandradio Kultur, 03.06.2014: Die USA als „Wettbewerber in der Klimapolitik“
Im Interview mit Gabi Wuttke von Deutschlandradio Kultur wertet Klaus Töpfer, Direktor des Nachhaltigkeitsinstituts IASS in Potsdam, das US-Klimaschutzprogramm als wichtiges politisches Signal. Er findet, dass die Vereinigten Staaten damit eine Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen.
http://www.deutschlandradiokultur.de/klimaschutz-die-usa-sind-wieder-wettbewerber-in-der.1008.de.html?dram:article_id=288133

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift: 11019 Berlin
V.i.S.d.P. Dr. Christine Kahlen
Telefax: 030-18 615-5208
E-Mail: newsletter-energiewende@bmwi.bund.de

Redaktion
Hirschen Group GmbH
Schlesische Straße 265
10977 Berlin

Bildnachweise
Siehe Quellenvermerke am Bild bzw. am Artikelende

Stand
Juni 2014